

**Endlich für gleichwertige Lebensverhältnisse sorgen – arbeitsmarkt- und sozialpolitische Ideen für Sachsen im Rahmen der Bundestagswahl 2017**

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 16. Juni 2017

---

- Beschluss:** Der Landesvorstand beschließt das Schwerpunktpapier Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Diese wird genutzt, um im Landesverband im Rahmen der Bundestagswahl Argumentationsmaterial zu erstellen, für die Öffentlichkeitsarbeit und für die Produktion von Wahlkampfmaterialien.
- Politische Botschaft:** Der Landesvorstand hat für die Diskussion des Bundestagswahlprogrammes, aber auch für die Schwerpunktsetzung im Rahmen der Bundestagswahl in Sachsen beschlossen, dass sich drei Schwerpunkten intensiv zugewandt wird. Europa, Ostdeutschland und Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sollen dabei sachsenspezifisch bearbeitet werden um die Themen anknüpfungsfähiger zu machen und besondere Problemlagen für Sachsen herauszuarbeiten.
- Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:** Veröffentlichung im Internet ([www.dielinke-sachsen.de](http://www.dielinke-sachsen.de))
- Den Beschluss sollen erhalten:** Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinatorin

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

f.d.R.

Dresden, den 16. Juni 2017



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

## **Endlich für gleichwertige Lebensverhältnisse sorgen**

1 Über ein Vierteljahrhundert nach der Wende ist es leider immer noch ein ostdeutsches Markenzeichen,  
2 dass die neuen Bundesländer mit ihren Regionen hinsichtlich der Arbeitsmarktbedingungen und der  
3 sozialen Lage nahezu flächendeckend schlechter abschneiden als die Regionen im Westen.  
4 Die Frage nach gleichwertigen Lebensverhältnissen und nach Gleichwertigkeit im Empfinden der  
5 Menschen im Osten ist nach wie vor präsent, wenn auch nicht in jedem Kopf oder auch anders als man  
6 vielleicht vermutet, dahingehend, dass sich viele mit dem Abstand zum Westen abgefunden haben.  
7 Gleichwohl ist es geboten, nicht der Sichtweise zu erliegen, dem Westen gehe es in Gänze besser als dem  
8 Osten. Nicht unerheblich wenige westdeutsche Regionen haben eine Deindustrialisierung erlebt, bedingt  
9 auch durch den Strukturwandel, und danach den Anschluss nicht mehr gefunden, wenn man etwa an  
10 Regionen wie das Ruhrgebiet denkt. Ebenso gibt es ländliche westdeutsche Regionen, die schon immer  
11 strukturschwach waren.  
12 Somit betrifft die Frage nach gleichwertigen Lebensverhältnissen die gesamte Bundesrepublik, ein  
13 Auspielen Ost gegen West muss verhindert werden. Ostdeutsches Charakteristikum ist aber eine  
14 vereinigungsbedingte sozioökonomische Benachteiligung, die im Alltag vieler Menschen eine Rolle spielt  
15 und die einen Anwalt braucht.

16

### ***Spaltung am Arbeitsmarkt hält an*<sup>1</sup>**

18 Vollzeitbeschäftigte Sächsischen und Sachsen verdienen durchschnittlich 28 Prozent weniger als  
19 westdeutsche Vollzeitbeschäftigte.  
20 Erschreckend ist zudem das enorme Lohngefälle innerhalb Deutschlands. So verdienen  
21 sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte beispielsweise im Erzgebirgskreis, als dem Landkreis mit  
22 den niedrigsten Löhnen deutschlandweit, mit einem Medianentgelt von 2.036 Euro brutto noch nicht  
23 einmal die Hälfte wie Beschäftigte in Hochlohnregionen im Westen.  
24 Angesichts dieser deutlichen regionalen Lohnunterschiede kann nicht von gleichwertigen  
25 Lebensverhältnissen in Deutschland gesprochen werden. Zwar gibt es auch im Westen regionale  
26 Disparitäten und Niedriglohnregionen. Flächendeckend sind Niedriglöhne aber ein Markenzeichen der  
27 neuen Bundesländer und dies über ein Vierteljahrhundert nach der Wende. 39,7 Prozent der sächsischen  
28 Vollzeitbeschäftigten arbeiten zu einem Niedriglohn, dies liegt über dem ostdeutschen Anteil von 36  
29 Prozent und sehr deutlich über dem westdeutschen Wert von 16,6 Prozent.  
30 Umso beschämender ist es, dass die sächsische Wirtschaftsförderung und auch einzelne sächsische  
31 Landkreise viele Jahre mit den niedrigen Löhnen im Rahmen ihrer Ansiedlungspolitik bei Unternehmen  
32 geworben haben.  
33 Das Argument, dass die Lebenshaltungskosten in Niedriglohnregionen geringer seien, ist ein  
34 Scheinargument, um den Menschen Sand in die Augen zu streuen. Im Erzgebirgskreis kostet ein Auto  
35 oder der Einkauf im Supermarkt eben nicht die Hälfte weniger wie in Hochlohnregionen.

36

37 Die Armutsgefährdung von Erwerbstätigen liegt in Sachsen bei 10,6 Prozent, bundesweit bei 7,8 Prozent.  
38 Besonders hoch ist die Armutsgefährdung in der Altersgruppe von 18 bis unter 25 Jahre mit 39,8 Prozent.  
39 Sie liegt deutlich höher als bundesweit mit 25,5 Prozent. Insbesondere junge Menschen sind häufig von  
40 niedrigen Löhnen und Befristungen betroffen.

---

<sup>1</sup> Siehe weitergehend Entwicklungsplan Ost zu Jugend / Ältere / Frauen (B 5-250) ab Zeile 33 ff.

41 Sachsen verfügt mit 3,2 Prozent über einen höheren Leiharbeitsanteil an der Gesamtbeschäftigung wie  
42 im bundesweiten Schnitt mit 2,7 Prozent. Immer mehr Beschäftigte gehen mehreren Jobs nach. Waren es  
43 im Jahr 2003 in Sachsen 41.180, sind es im Jahr 2016 79.750 gewesen.  
44 Charakteristisch für den Freistaat Sachsen sind zudem der deutliche Verlust von Arbeitsplätzen und der  
45 auch damit verbundene Bevölkerungsrückgang. Gab es im Jahr 1991 in Sachsen 2.135.000 Millionen  
46 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sind es 2015 noch 1.797.200 gewesen, 337.800 weniger (-15,82  
47 Prozent). Lag die Bevölkerungszahl Sachsens zum 3. Oktober 1990 noch bei 4.807.535 sind es 2015  
48 noch 4.084.851 Sächsinen und Sachsen gewesen, 722.684 weniger (- 15,03 Prozent).  
49 Besonders bitter ist, dass viele Arbeitsplätze im Produzierenden Gewerbe, mit guten Arbeitsbedingungen  
50 und Mitbestimmungsstrukturen, verloren gegangen sind. Hingegen sind neu entstandene Arbeitsplätze im  
51 Dienstleistungsbereich oft von prekärer Beschäftigung wie Minijobs, Teilzeit und niedrigen Löhnen  
52 gekennzeichnet. Den enormen Wegfall von Arbeitsplätzen im Produzierenden Gewerbe mit dem  
53 Strukturwandel erklären zu wollen ist verfehlt, da der Beschäftigungsabbau überproportional stark ausfiel.  
54 Vielmehr war dies die Folge eines grundsätzlichen Problems der Industriestruktur in den neuen  
55 Bundesländern. Viele ostdeutsche Betriebe wurden und werden als verlängerte Werkbänke betrieben, oft  
56 ohne eigene Forschungs- und Entwicklungsbereiche. Die Aufwendungen der ostdeutschen Industrie für  
57 Forschung und Entwicklung liegen allgemein deutlich unter dem Niveau westdeutscher Betriebe.

58  
59 Im Zuge von Einsparungen und Restrukturierungen traf und trifft es deshalb vor allem die ostdeutschen  
60 Standorte. Im Ergebnis muss man feststellen, dass hier die Förder- und Ansiedlungspolitik der  
61 Bundesregierung, aber auch die des Landes Sachsen, die falschen Anreize gesetzt hat und nicht von  
62 Nachhaltigkeit geprägt war.  
63 Die Entwicklung des sächsischen Arbeitsmarktes ist somit alles andere als eine Erfolgsgeschichte. Zwar  
64 ist in den letzten Jahren auch in Sachsen die Beschäftigung wieder gestiegen, Jubelstimmung ist aber  
65 nicht angebracht. Die Jobverluste seit Beginn der neunziger Jahre konnten nicht kompensiert werden. Die  
66 Folge ist Perspektivlosigkeit für immer noch viel zu viele Menschen. 62.000 erwerbslose Hartz IV -  
67 Beziehende  
68 in Sachsen bezogen die Leistung Mitte vergangenen Jahres bereits seit 4 Jahren und länger. Ihr Anteil an  
69 allen erwerbslosen Hartz IV-Beziehenden lag bei 57,4 Prozent, bundesweit liegt deren Anteil bei „nur“  
70 48,2 Prozent. Der Anteil der erwerbsfähigen SGB II-Leistungsberechtigten an der Gesamtbevölkerung  
71 liegt in Sachsen mit 9,4 Prozent höher als deutschlandweit mit 8 Prozent und in Westdeutschland mit 7,1  
72 Prozent.  
73 Die hohe Pendlerzahl von Sachsen gen Westen ist nach wie vor die Flucht vor Erwerbslosigkeit und  
74 Niedriglöhnen. Oder die Menschen verlassen Sachsen für immer und ziehen der Arbeit hinterher, wovon  
75 der hohe Bevölkerungsverlust zeugt. Das Ifo-Institut kam Anfang des Jahres zu der Einschätzung, dass  
76 sich die Ost-West-Unterschiede verhärtet hätten und der Aufholprozess in vielen Bereichen zum Stillstand  
77 gekommen sei.

78  
79 **Auswirkungen auf die Rente**  
80 Laut Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung von Anfang dieses Jahres hat das  
81 Armutsrisiko in der Gruppe der 65- bis unter 75-Jährigen in Ostdeutschland zwischen 2002 und 2014 um  
82 8 Prozent auf 15 Prozent zugenommen, also nahezu eine Verdoppelung, während es in Westdeutschland  
83 nur leicht zwischen 12 und 14 Prozent schwankte. Das deutlich steigende Armutsrisiko der Älteren rühre  
84 laut DIW daher, dass in den vergangenen Jahren vermehrt Personen in den Ruhestand eingetreten seien,  
85 die – auch aufgrund oftmals längerer Erwerbslosigkeit – geringere Altersbezüge erhielten als frühere  
86 Rentnerinnen und Rentner. Hinzu komme, dass die betriebliche oder private Altersvorsorge in  
87 Ostdeutschland eine eher geringe Rolle spiele.

88 Auch in Sachsen ist die Altersarmut weiter auf dem Vormarsch. Bei der Personengruppe von 65 und älter  
89 stieg die Armutsgefährdungsquote von 7,2 Prozent 2005 auf 12,2 Prozent in 2015. Immer mehr  
90 Menschen müssen in Sachsen, die im Jahr 2003 eingeführte spezielle Sozialhilfe für Rentnerinnen und  
91 Rentner, die sogenannte Grundsicherung im Alter, in Anspruch nehmen. Von 2014 zu 2015 ist deren  
92 Anzahl von 11.089 auf 11.660 gestiegen. Im Jahr 2003 waren es erst 6.132 Empfänger der  
93 bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter.  
94 Für die Zukunft ist ein weiterer Anstieg der Menschen, die die Grundsicherung im Alter beantragen  
95 müssen, zu erwarten. Vor allem im Osten haben die durch häufige Erwerbslosigkeit, insbesondere auch  
96 Langzeiterwerbslosigkeit, unterbrochenen Erwerbsbiographien zugenommen, die große Löcher in die  
97 Rentenansprüche reißen. Diese Generation geht nun nach und nach in Rente, viele direkt aus der  
98 Langzeiterwerbslosigkeit.  
99 Die Große Koalition hat beschlossen, dass bis 2025 ein einheitliches Rentenrecht in Ost- und  
100 Westdeutschland eingeführt werden soll. Damit droht nach dem Willen der Koalition auch die so genannte  
101 Umrechnung/Hochwertung der Löhne in Ostdeutschland wegzufallen. Die Umrechnung/Hochwertung  
102 kompensiert rentenrechtlich die geringeren Löhne in Ostdeutschland. Der ersatzlose Wegfall würde zu  
103 deutlich geringeren Renten ostdeutscher Beschäftigter als bislang führen.

104  
105 Die Schlechterstellung ostdeutscher Beschäftigter würde ungefiltert ins Rentenrecht verlängert. Die  
106 Angleichung des Rentenwertes Ost an West ist über 25 Jahre nach der Wende längst überfällig. Dass  
107 damit aber auch die Umrechnung/Hochwertung der Ost-Löhne gestrichen werden soll, ist nicht  
108 akzeptabel. Der Grund der Umrechnung/Hochwertung ist leider immer noch vorhanden. Im Osten wird  
109 durchschnittlich deutlich weniger verdient, in vielen Fällen auch bei gleicher Tätigkeit. Die verschiedenen  
110 Bundesregierungen haben es über ein Vierteljahrhundert lang versäumt gleiche Entlohnung für gleiche  
111 Tätigkeiten sicher zu stellen. Die Umrechnung/Hochwertung der Ost-Löhne hat somit eine wichtige  
112 sozialpolitische Ausgleichsfunktion, die nicht einfach ersatzlos abgeschafft werden kann. Das ist keine  
113 Bevorteilung der ostdeutschen Beschäftigten, sondern ein Ausgleich dafür, dass sie am Arbeitsmarkt  
114 immer noch benachteiligt werden, nur weil sie im Osten arbeiten.

### 115 116 ***Gute Arbeit und auskömmliche Renten: Perspektiven für Sachsen schaffen***

117 Nach wie vor ist die Hauptfrage für Sachsen, wie mehr gute Arbeit geschaffen werden kann, so dass  
118 die Menschen hier ihre Zukunft sehen.

119  
120 Dazu braucht es:

- 121 ■ Eine Wirtschaftsförderung, die Unterstützungsleistungen für Unternehmen an gute  
122 Arbeitsbedingungen, wie zum Beispiel tarifliche und existenzsichernde Entlohnung, koppelt und  
123 nicht prekäre Beschäftigung fördert.
- 124 ■ Einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit existenzsichernden Arbeitsverhältnissen.  
125 Durch diesen ÖBS würden zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, die einerseits insbesondere den  
126 vielen sächsischen Langzeiterwerbslosen eine berufliche Perspektive eröffnen, andererseits  
127 könnten damit wichtige gesellschaftliche Aufgaben erledigt werden.
- 128 ■ Einen Mindestlohn von 12 Euro, um Armut zu bekämpfen. Viele sächsische Beschäftigte würden  
129 davon profitieren.
- 130 ■ Die weitere Angleichung der Löhne durch Stärkung von Tarifverträgen und Tarifbindung,  
131 insbesondere durch verbesserte Regelungen zur Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von  
132 Tarifverträgen.
- 133 ■ Abschaffung der systematischen Niedriglohnbeschäftigung in Form der Leiharbeit. In einem  
134 ersten Schritt muss das Prinzip gleiches Geld für gleiche Arbeit ab dem ersten Einsatztag

135 umgesetzt werden, die Verleihdauer auf wenige Monate begrenzt und eine Flexibilitätszulage in  
136 Höhe von 10 Prozent des Bruttolohnes eingeführt werden. Langfristig ist Leiharbeit zu verbieten.  
137 ■ Streichung der Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung.  
138 ■ Die Überführung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige existenzsichernde Beschäftigung.  
139 ■ Die Angleichung des Rentenwertes Ost an West, unter Beibehaltung der  
140 Umrechnung/Hochwertung der Ost-Löhne, bis das Niveau der West-Löhne erreicht ist.  
141 ■ Die Stärkung der gesetzlichen Rente, unter anderem durch Anhebung des Rentenniveaus auf  
142 mindestens 53 Prozent, Abschaffung der Kürzungsfaktoren und der Rente erst ab 67 sowie die  
143 Einführung einer Solidarischen Mindestrente, die ein Leben in Würde im Alter ermöglicht.  
144 ■ Der Hartz IV-Regelsatz ist kurzfristig auf 560 Euro im Monat anzuheben. Grundsätzlich muss das  
145 Hartz IV-System abgeschafft und durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt werden, die  
146 wirklich vor Armut schützt und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Entsprechend des Entwurfs  
147 des LINKEN Programms zur Bundestagswahl muss die Höhe derzeit 1.050 Euro betragen.